



Mag. Gerhard Karner  
Bundesminister

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.200.630

Wien, am 26. April 2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA hat am 28. Februar 2024 unter der Nr. **18017/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Gefahren bei Internetbekanntschaften“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 7:**

- *Wie viele Sexualstraftaten fanden 2023 im Zuge von Internetbekanntschaften österreichweit statt?*
- *Wie sind besagte Straftaten auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt?*
- *Welche Altersgruppen sind besonders von Sexualstraftaten im Zuge von Internetbekanntschaften betroffen?*
- *Wie hoch ist die Anzahl von männlichen und weiblichen Opfern bei solchen Straftaten?*
- *Welche Herkunft haben die Täter bei solchen Straftaten?*
- *Wie viele der in Krankenhäusern gemeldeten Fälle wurden angezeigt?*
- *Wie hoch ist die Aufklärungsquote bei den angezeigten Fällen?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

**Zur Frage 8:**

- *Welche präventiven Maßnahmen gibt es, um solche Fälle zu vermeiden?*

Von der Kriminalprävention gibt es zahlreiche Ansätze zum Schutz gegen Gewalt, die sich grob in die folgenden Themenbereiche gliedern lassen.

Zu nennen sind hier zum einen die bundesweiten Workshops und Vorträge im Rahmen des Programms „Sicherheit im öffentlichen Raum“. Ziel des Programmes ist die Vorbeugung sexueller bzw. körperlicher Übergriffe auf Personen im öffentlichen Raum, wobei der Fokus auf Frauen bzw. Mädchen ab 16 Jahren gelegt wird. Thematisiert werden das eigene Auftreten, Selbstbewusstsein und Selbstbehauptung, die Vorbeugung im täglichen Leben sowie Handlungsoptionen während und nach einer gefährlichen Situation. Dabei wird auf die individuellen Möglichkeiten und Grenzen der einzelnen Personen Bedacht genommen und an die Eigenverantwortung appelliert.

Das Programm „Sicherheit im öffentlichen Raum“ wird derzeit gerade überarbeitet und ist in Fertigstellung. Dabei wurde unter dem Punkt „Sicherheit im virtuellen Raum“ besonders Bedacht auf den Umgang mit Internetbekanntschaften gelegt.

Das primärpräventive und entwicklungsorientierte Jugend-Kriminalpräventionsprogramm Programm „UNDER18“ wiederum zielt mit dem Modul „Click & Check“ auf die Förderung eines verantwortungsvollen Umganges mit digitalen Medien ab. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Erarbeitung von Handlungsstrategien sowie die Förderung der Rechtssicherheit beim täglichen Internetverkehr, insbesondere im Social Media-Bereich, gelegt.

Detaillierte Informationen zu den genannten Programmen finden sich unter: [https://www.bundeskriminalamt.at/202/Gewalt\\_widersetzen/](https://www.bundeskriminalamt.at/202/Gewalt_widersetzen/)

**Zur Frage 9:**

- *Gibt es Anlaufstellen, die Betroffene in solchen Fällen unterstützen?*

Es bestehen zahlreiche Anlaufstellen, die in solchen Fällen Unterstützung leisten. Auf der, unter <https://www.gewaltinfo.at/hilfe-finden/hilfsorganisationen.html> abrufbaren, vom Bundeskanzleramt betriebenen Website, findet sich eine für die Öffentlichkeit zugängliche Aufstellung der Anlaufstellen.

**Zur Frage 10 und 11:**

- *Falls die oben erfragten Daten nicht erfasst werden, warum nicht?*
- *Falls die oben erfragten Daten nicht erfasst werden, ist es vorgesehen, diese künftig zu erfassen?*
  - a. *Wenn nein, warum nicht?*

Der aktuelle Prozess der Datenerfassung sieht den erfragten Detaillierungsgrad für die Erhebung „Internetbekanntschaft“ nicht vor, da die Erfassungslogik deliktszentriert ist. Dies bedeutet, dass zusätzliche Informationen der weiteren Spezifizierung des Deliktes, nicht aber der Beziehung, dienen. Im Rahmen der Datenerhebung im Datenerfassungsprogramm der Polizei (PAD) wird jedoch die Beziehung zwischen dem Opfer und der tatverdächtigten Person dokumentiert. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit wird hierfür eine taxative Liste mit Beziehungsarten geführt. Weitere Spezifizierungen der Beziehungen im PAD würden für die polizeiliche Ermittlungstätigkeit keinen Mehrwert bedeuten.

Gerhard Karner



